

Vorlage Nr. I 10/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bundesweiter Warntag 2022

A Problem

Die Warnung der Bevölkerung ist eine zwingend notwendige Fähigkeit des Bevölkerungsschutzes. Nur durch die gezielte Warnung und Information der betroffenen Bevölkerung kann diese Selbstschutzhandlungen vornehmen. Seit dem Rückbau von Warnmitteln (u. a. der großflächige Rückbau von Sirenen in den 1990er Jahren im Bundesgebiet) existierte keine technische Möglichkeit zur flächigen Warnung mit Weckeffekt. Der vom Bund organisierte Warntag 2020 hat u. a. umfangreiche technische Defizite offengelegt, eine geeignete und funktionsfähige Warn- und Informationsinfrastruktur war nicht vorhanden. In Bremerhaven gab es 2020 lediglich die Warn-App Nina.

B Lösung

Mit Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zum (Wieder-)Aufbau eines Warnsystems für die Stadt Bremerhaven im Jahr 2021 sollte eine mögliche Warn- und Informationsinfrastruktur eruiert und u. a. notwendige Standorte geeigneter Warn- und Informationsmittel aufgezeigt werden. Dieser Wiederaufbau wurde im Rahmen der 5-Jahresplanung zur Reorganisation des Katastrophenschutzes für das Jahr 2022 priorisiert.

Unter Inanspruchnahme von Bundesfördermitteln hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, in den zurückliegenden 1 ½ Jahren begonnen, einen umfangreichen Warn- und Informationsmix aufzubauen. Die bereits vorhandenen Warn- und Informationsmittel wurden im Rahmen des bundesweiten Warntages am 08.12.2022 erstmalig erprobt.

Dabei wurden

1. alle 15 stationären Sirenen ausgelöst,
2. die mobile Sirene eingesetzt (südliches Stadtgebiet),
3. das Notläuten in allen sieben angebundenen Kirchtürmen ausgelöst und
4. die Fahrgastinformationssysteme an Haltestellen und in Bussen von BremerhavenBus genutzt.

Anmerkung: Aufgrund noch fehlender technischer Anbindungen seitens des Bundes, wurden die 15 stationären Sirenen mithilfe der städtischen Sirenensteuerzentrale ausgelöst, die auf der Zentralen Feuerwache verbaut ist. Das Einsetzen bzw. Auslösen der Punkte 2-4 erfolgt grundsätzlich durch die Feuerwehr.

Identifizierte Schwächen/Probleme:

Bei einer stationären Warnsirene (Wurster Straße) wurde ein technischer Fehler festgestellt. Infolge dessen verzögerte sich die Auslösung dieser Sirene um ca. zwei Minuten. Der Fehler konnte noch am 08.12.2022 durch Beschäftigte der Feuerwehr behoben werden.

Durch den Bund wurden folgende Warnmittel ausgelöst:

- Cell Broadcast
- Warn-Apps
- Radio und TV
- Stadt-Werbetafeln und
- Fahrgastinformationssysteme der Deutschen Bahn

Identifizierte Schwächen/Probleme:

Cell Broadcast: Es wurden erwartungsgemäß ca. 60 % der Endgeräte (Handys) erreicht. Hier wird eine Steigerung durch technische Modernisierung der Endanwender:innen (Erwerb neuer Handys) erwartet.

Warn-Apps: Die bundeseigenen Warn-Apps Nina und BiWapp haben ausgelöst, jedoch waren nicht ausreichende Kapazitäten hinterlegt, um den Parallelzugriff von > 40 Mio. Empfänger:innen zeitgleich zu ermöglichen und Informationen zur Verfügung zu stellen. Darum stürzte das System teilweise ab. Es folgten längere Zugriffs-, Aktivierungs- und Wartezeiten. Der Bund hat die parallele Zugriffsmöglichkeit erhöht.

Fahrgastinformationssysteme der Deutschen Bahn: Die Deutsche Bahn ist als Warnmultiplikator angebunden. Allerdings wurden die Warn- und Informationsmeldungen nur auf großen Bahnhöfen angezeigt. Bei zukünftigen bundesweiten Warntagen sollen unseres Erachtens auch kleinere Bahnhöfe mit angeschlossen werden, damit auch dort die Warn- und Informationsmeldungen angezeigt werden.

Bewertung der medialen Berichterstattung

Die Auswertung der medialen Berichterstattung hat ergeben, dass der Warntag umfangreich in lokalen und überregionalen Medien zur Bevölkerungsinformation/ -sensibilisierung genutzt wurde. In Bremerhaven begleiteten zwei TV-Teams (RTL und NDR) den Warntag. Zu der eingeladenen Pressekonferenz waren neben der Printpresse auch Radio Bremen anwesend. Die Berichterstattungen haben u. a. das Tempo des Aufbaus des Warn- und Informationsmixes in Bremerhaven und den Mix der Warnmittel (z. B. Notläuten) positiv erwähnt.

Auch vor dem Warntag hat die Feuerwehr den Fokus auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt. Eine „100-Tage-Kampagne“ begleitete den Warntag: z. B. wurden in Kooperationen mit BremerhavenBus und der Fa. Ströer in Bussen und auf den Stadtwerbetafeln auf den anstehenden bundesweiten Warntag hingewiesen und über den Warn- und Informationsmix in Bremerhaven informiert. Fünf Pressemitteilungen und zwei zielgruppenadressierte Präsentationsveranstaltungen (für Senior:innen) sowie Informationen in den Kirchenjournalen ergänzten die Öffentlichkeitsarbeit für die gezielte Bevölkerungsinformation.

Den Empfehlungen einzelner Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Sicherheit aus der Sitzung im November 2022 folgten gezielte Informationen an Flüchtlingsunterkünfte, Kindergärten, Schulen, Altenheime und den Rat für Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies erfolgte in Kooperation mit dem Schul-, Jugend-, Sozial- und Gesundheitsamt.

Resümee

Der Bund hat bereits im Jahr 2020 geplant, jährlich einen bundesweiten Warntag stattfinden zu lassen. Es ist geplant, auch zukünftig an diesen in geeigneter Form teilzunehmen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und beauftragt die Feuerwehr, den jährlichen bundesweiten Warntag in geeigneter Form zu begleiten und die kommunale Umsetzung sicherzustellen.

Grantz
Oberbürgermeister